



STAATSKANZLEI

10.09.2013

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Rede
von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
zur Eröffnung der bundesweiten Woche
des Bürgerschaftlichen Engagements
am 10. September 2013, 13 Uhr,
im Festsaal der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Es gilt das gesprochene Wort!



PRESSEDIENST

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

ich heiÙe Sie alle ganz herzlich hier in Mainz willkommen und freue mich sehr, dass wir heute gemeinsam die 9. Woche des BÙrgerschaftlichen Engagements erÙffnen. Die Woche ist eine ausgezeichnete MÙglichkeit, auf das Engagement der BÙrgerinnen und BÙrger, auf ihre KreativitÙt und Leistungen òffentlich aufmerksam zu machen und ihnen die gesellschaftliche Anerkennung zu zollen, die sie verdienen. Unser Dank an das Ehrenamt ist zentrales Anliegen der Aktionswoche. Sie bietet aber auch die Chance, darÙber zu diskutieren, was wir – sowohl der Staat, aber auch die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft – tun kÙnnen, um bÙrgerschaftliches Engagement anzuregen, zu ermÙglichen und zu unterstÙtzen. Insofern dient diese Woche auch dazu, EngagementfÙrderung und Engagementpolitik zum Thema zu machen.

Wenn es gelingt, ein solches bundesweites Format neun Jahre in Folge zu realisieren, es weiterzuentwickeln und in seiner Wahrnehmbarkeit zu erhÙhen, dann darf man schon davon sprechen, dass die Woche des bÙrgerschaftlichen Engagements beginnt, Tradition zu werden. Sie ist fest in den Kalendern von Bund, LÙndern und Kommunen, von VerbÙnden, Vereinen, Stiftungen und Initiativen wie auch vieler Wirtschaftsunternehmen verankert. Daher mÙchte ich dem Bundesnetzwerk BÙrgerschaftliches Engagement (BBE), das die Woche seit dem Jahr 2004 organisiert, wie auch dem Bundesfamilienministerium als HauptfÙrderer ganz herzlich fÙr ihr Engagement danken. Es ist gut, dass es diese Woche gibt.

Mein Dank gilt auch dem ZDF als Medienpartner. Die Kooperation mit dem Fernsehen trÙgt entscheidend dazu bei, dass unsere Botschaften auch in den Medien gehÙrt und gesehen werden.

Erstmals in diesem Jahr wird die Woche nicht in Berlin, sondern in einem Bundesland erÙffnet. Das ist ein Novum. Mit Rheinland-Pfalz und seiner Hauptstadt Mainz hat das BBE jedoch eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Ich hoffe und bin mir sicher, dass Sie sich hier bei uns in der Staatskanzlei gut aufgehoben und wohl fÙhlen werden.

FÙr die Entscheidung, die diesjÙhrige Woche in Mainz zu erÙffnen, gab es gute GrÙnde. Zum einen hat die Engagementpolitik in Rheinland-Pfalz seit Jahren hohe



PRESSEDIENST

Priorität für die Landesregierung. Darauf möchte ich gleich noch etwas genauer eingehen.

Zum anderen ist Mainz natürlich auch der Hauptsitz des ZDF. Damit gibt es sicherlich besonders günstige Voraussetzungen für einen solchen Auftakt.

Ich will aber auch das enge und partnerschaftliche Verhältnis zum BBE erwähnen. Rheinland-Pfalz gehört zu den Gründungsmitgliedern des Bundesnetzwerks. Wir nehmen unsere Mitwirkung sehr ernst. Wir engagieren uns in den Arbeitsgruppen und Gremien und organisieren in gemeinsamen Veranstaltungen den fachlichen Diskurs zu wichtigen Themen. Ich möchte insbesondere erinnern an die Fachtagungen zu „Schule und Engagement“ (2004), „Kindertagesstätten und Engagement“ (2012), „Migrantenorganisationen und Engagement“ (2009) sowie „Forschung und Engagement“ (2012).

Im und mit dem BBE entwickeln wir neue Ideen und Perspektiven für eine wirkungsvolle Engagementpolitik. Das Bundesnetzwerk ist für uns daher eine ganz wichtige Plattform der Beratung, des Austauschs und der gemeinsamen Strategieentwicklung. Es ist das Kompetenzzentrum in Fragen der Engagementförderung.

Wir investieren in das Netzwerk und wir profitieren von seiner Expertise, seinen Erfahrungen und den unkomplizierten Zugängen zu Wissen und Partnern. Deshalb ist an dieser Stelle ein besonderer Dank an das BBE für seine Arbeit angebracht.

Rheinland-Pfalz ist diese bundesweite Plattform viel wert. Dies gilt für die anderen Länder auch. Wir haben daher gern unseren Mitgliedsbeitrag freiwillig erhöht. Wir wissen aber auch, dass sich die Arbeitsbedingungen für das Netzwerk in den vergangenen Jahren verschärft haben. Daher will ich an dieser Stelle meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass auch der Bund seiner Förderverpflichtung weiterhin nachkommt.

Unsere Gesellschaft ist ohne eine lebendige soziale Kultur nicht vorstellbar. Die selbstverständliche Sorge um den Nachbarn, den Nächsten, die Pflege von Gemeinschaften und die Freude, etwas für sie tun zu können, sind Ausdruck dieser Kultur. Das „Wir“ wird in Rheinland-Pfalz großgeschrieben, ob in Sport- oder Jugendverbänden, Eltern- oder Seniorenbeiräten, sozialen Vereinigungen, in Selbsthilfeorganisationen oder bei der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten. Wir können stolz darauf sein, dass so viele Menschen freiwillig Verantwortung übernehmen und sich für das Gemeinwesen engagieren.

PRESSEDIENST

(Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys von 2009 sind 41 % der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer freiwillig engagiert.)

Wir alle wissen um die gesellschaftliche Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements. Wir wissen aber auch, dass dieses Engagement der sorgsamsten Pflege, Anerkennung und Würdigung sowie der Unterstützung bedarf. Hierfür tragen in besonderer Weise Bund, Länder und Kommunen Verantwortung.

In Rheinland-Pfalz gehen wir daher seit Jahren neue Wege der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Dabei konnten wir bereits sehr viel tun, um das Engagement und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu fördern und sie in die Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen einzubeziehen.

Besonders wichtig ist die aufgebaute Infrastruktur, die Begleitung, Beratung und Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement bietet.

Hierzu gehören Ansprechpartner und Leitstellen auf Landesebene ebenso wie Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros und Häuser der Familie in unseren Städten und Gemeinden.

Mit der Initiative „Ich bin dabei!“ setzen wir aktuell noch einmal neue Akzente in diesem Feld. Unter Leitung des von mir Anfang dieses Jahres berufenen Landesbeauftragten für ehrenamtliches Engagement, Herrn Bernhard Nacke, machen wir Seniorinnen und Senioren, die sich für ein Ehrenamt interessieren, jedoch den Weg dorthin noch nicht gefunden haben, ein Schulungs- und Unterstützungsangebot, um ihre Vorhaben und Projekte in die Tat umzusetzen.

Diese Initiative ist gepaart mit einem Angebot für die Kommunen, um die Engagementförderung vor Ort gezielt und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei will ich erwähnen, dass wir hierbei positive Erfahrungen des Projekts „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ aus Nordrhein-Westfalen aufgegriffen haben – ein Beispiel für einen erfolgreichen Wissens- und Erfahrungstransfer, den ein gut funktionierendes Netzwerk bietet.

Große Bedeutung hat das bürgerschaftliche Engagement bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Dabei geht es auch, aber nicht allein um die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren. Ebenso wichtig ist es, Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungen eine Stimme zu geben und ihre Vorstellungen und Wünsche zu berücksichtigen.



PRESSEDIENST

Mit dem "jugendforum rlp" haben wir dafür gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung ein neues Beteiligungsmodell erprobt.

In Rheinland-Pfalz wie überall in Deutschland wird derzeit sehr intensiv über neue Formen der Bürgerbeteiligung nachgedacht. Modelle der unmittelbaren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen werden vielerorts erprobt. Wir haben bereits sehr positive Erfahrungen bei unterschiedlichsten Reformprojekten sammeln können und arbeiten konsequent daran, Bürgerbeteiligung als Grundsatz rheinland-pfälzischer Politik zu etablieren. Dabei liegen noch viele Herausforderungen und Aufgaben vor uns, denn erst gemeinte und nachhaltige Beteiligung erfordert Motivation und Veränderungsbereitschaft bei politischen Entscheidungsträgern ebenso wie die Erneuerung von etablierten Abläufen und Verfahren.

Wir sind in diesem Prozess bereits auf einem guten Weg. Und ich erhoffe mir auch von der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ unseres Landtags wichtige Impulse und Weichenstellungen.

Die Weiterentwicklung unserer Demokratie, die Stärkung und der Ausbau von Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation und Bürgerbeteiligung ist eine Aufgabe, die die Mitwirkung vieler gesellschaftlicher Akteure, nicht nur der etablierten Politik, erfordert. Mehr und ein intensiverer Dialog und Austausch mit der Zivilgesellschaft, mehr Information und Transparenz über politische Vorgänge und Entscheidungen, die konsequente Einbeziehung der Expertise von Bürgerinnen und Bürgern bei der Suche nach tragfähigen Lösungen politischer Herausforderungen ebenso wie die Erweiterung von Möglichkeiten der direkten Demokratie sind hierbei wichtige Bausteine.

Wenn wir mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung wollen, bedeutet dies aber auch, dass Kinder und Jugendliche schon sehr früh das dafür nötige Rüstzeug vermittelt bekommen, um mitbestimmen und Verantwortung übernehmen zu können. Demokratieverziehung und -bildung ist daher ein ebenso wichtiger Bestandteil unseres Handelns.

Alle gesellschaftlichen Organisationen sowie die Bürgerinnen und Bürger selbst sind aufgerufen, sich in diesem Prozess einzubringen. Von allen Beteiligten wünsche ich mir viele kreative Anstöße, Ideen und Vorschläge, aber auch die verantwortungsbewusste Ausschöpfung der bereits bestehenden Möglichkeiten.



PRESSEDIENST

Eine Dekade Engagementpolitik liegt hinter uns. Seit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat sich die Engagementförderung erkennbar als Politikfeld entwickelt. In vielen Bereichen – so etwa beim Versicherungsschutz, in Sachen Anerkennung des Engagements und Vielem mehr – sind gute Fortschritte erzielt worden. Auf anderen Feldern gibt es immer noch viel zu tun.

Lassen Sie mich daher abschließend auf einige wenige Punkte eingehen, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind.

Engagementförderung braucht ein enges Zusammenspiel und eine gute Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das ist in der Vergangenheit nicht immer optimal gelungen. Ich glaube, dass wir gerade diesem Punkt künftig noch mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Eine nationale Engagementstrategie, wie sie der Bund vorgelegt hat, muss sich daran messen lassen, inwieweit es zwischen den föderalen Ebenen gelingt, ihre Programme und Schwerpunkte zu koordinieren und gemeinsam gut abgestimmte, effektive Fördermöglichkeiten zu bieten.

Zwischen den Ländern besteht ein enger, fruchtbarer Austausch. Nicht zuletzt auch unterstützt durch die Ergebnisse des Freiwilligensurveys gibt es einen konstruktiven Wettbewerb um gute Ideen und Förderstrategien. Die nächste, inzwischen 4. Welle dieser Untersuchung wird derzeit vorbereitet und 2014 durchgeführt. Dabei wird es erstmals neben der Hauptuntersuchung eine gemeinsame ländervergleichende Studie geben. Sie wird wichtige Hinweise für die weitere Ausrichtung unserer Engagementpolitik liefern.

Natürlich werden dann auch die verschiedenen Engagementquoten der Länder mit großem Interesse erwartet. Mir ist es aber wichtig, dass wir bei allem Wettbewerb nicht in eine Quotenjagd verfallen. Wir wissen um die Verschiedenheit der Voraussetzungen in den Ländern. Und wir wissen auch, dass das Engagement der Menschen von vielen Faktoren abhängig ist.

Während einerseits von Staat und Politik kluge Strategien und Instrumente der Engagementförderung erwartet werden, so ist dies andererseits häufig mit dem Vorwurf verbunden, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu instrumentalisieren und als Lückenbüßer für einen sich zurückziehenden Sozialstaat in die Pflicht zu nehmen. Erst kürzlich ist die Journalistin Claudia Pinl ganz in diesem Sinne mit ihrem Buch „Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit“ hart mit der Politik ins Gericht gegangen. Ich nehme an, dass viele Gäste dieses Buch bereits gelesen haben.



PRESSEDIENST

Ich kann hier nicht im Einzelnen auf die vorgetragenen Kritikpunkte eingehen. Wenn ich auch die meisten Diskussionspunkte ganz anders sehe, so begrüße ich doch den Anstoß zu dieser Debatte. Denn natürlich müssen wir und muss sich die Politik stets fragen: Stimmen unsere Annahmen und Ziele? Verfolgen wir den richtigen Kurs?

Dazu ist es immer wieder sinnvoll, sich klar zu machen, was freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement ausmacht und welche Rolle der Staat bei seiner Förderung spielt bzw. spielen sollte. Dabei bilden folgende Elemente für mich das Gerüst unserer Engagementpolitik:

Ehrenamtliches Engagement wird aus freien Stücken erbracht. Die Freiwilligkeit ist und bleibt entscheidendes Element des Tuns. Jegliche Form von Indienstnahme oder Verpflichtung verändert seinen Charakter.

Bürgerschaftliches Engagement folgt dem Eigensinn der Menschen. Aus dem besonderen Eigenwert des ehrenamtlichen Tuns erwachsen eine unverwechselbare Motivation, besondere Gestaltungskräfte und eine eigene Qualität. Deshalb gilt es, diesen Eigensinn nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu schützen.

Ehrenamt und Bürgerengagement haben immer schon eine wichtige Rolle für das Funktionieren unserer Gesellschaft gespielt. Die Bürgerinnen und Bürger übernehmen Aufgaben und erbringen Leistungen, die kein noch so gut ausgestatteter Sozialstaat je erbringen könnte.

Bei den notwendigen Erneuerungen unseres Sozialstaat können und sollen sich die Bürgerinnen und Bürger vermehrt engagieren können. Sie selbst aber müssen dabei entscheiden können, ob, in welchen Bereichen und mit welcher Intensität sie dies tun wollen.

Dabei gilt es, den Sozialstaat als solchen mit seinen Errungenschaften zu verteidigen. Es ist aber richtig, dass wir als Gesellschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels verstärkt auf die freiwilligen Beiträge der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Ihr Engagement und ihre Kreativität sind dabei unverzichtbar. Das deutlich zu sagen, ist, wie finde, auch alles andere als verwerflich. Die Frage ist jedoch, wie wir die Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen. Moralische Appelle oder Inpflichtnahme halte ich für wenig sinnvoll. Daher setzen wir auf gute Rahmenbedingungen: Information, Beratung, Begleitung, Anregung, Förderung, Schutz und Anerkennung sind hierbei die Kernpunkte.



PRESSEDIENST

In diesem Sinne, wünsche ich uns allen eine ereignisreiche, erfolgreiche 9. Woche des Bürgerschaftlichen Engagements.

Sehr geehrte Frau Schaaf-Derichs, als offizielle Vertreterin des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, gehört diese Bühne zur Eröffnung der bundesweiten Woche nun Ihnen.